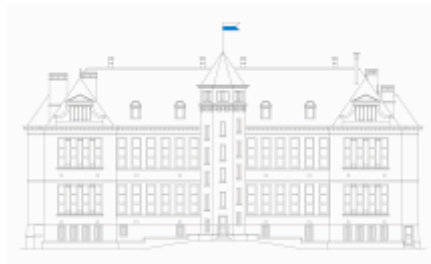


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## **Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene**

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **IRISCHES REFERENDUM ZUM FISKALPAKT**

Irland hat am 31.05.2012 per Volksabstimmung als vierter der 17 Eurostaaten den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalpakt) ratifiziert, den die Staats- und Regierungschefs von 25 EU-Staaten beim Europäischen Rat (ER) am 01./02.03.2012 unterzeichnet haben. Bei dem Referendum stimmten ca. 60 % der Wähler dem Fiskalpakt zu; die Wahlbeteiligung betrug etwa 50 %. Zuvor hatten Griechenland, Portugal und Slowenien den Fiskalpakt im parlamentarischen Verfahren ratifiziert (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

### **ERSTMALS SUBSIDIARITÄTSRÜGE NATIONALER PARLAMENTE**

Im Vertrag von Lissabon wurde den nationalen Parlamenten die Möglichkeit eingeräumt, Rügen zu erheben, wenn sie im Vorschlag für einen EU-Rechtsakt einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip sehen. Wenn eine hinreichende Anzahl nationaler Parlamente die Subsidiaritätsrüge erhebt, muss die Kommission den Vorschlag überprüfen. Zweieinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ist jetzt erstmals das nötige Quorum zustande gekommen. Zwölf nationale Parlamente sehen im Vorschlag für die sog. „Monti II“-Verordnung („Verordnung über die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit“) einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip. Die Kommission kann den Vorschlag aufrechterhalten, verändern oder zurückziehen; sie muss die Entscheidung begründen.

### **KOMMISSION FÜR BEGINN DER BEITRITTSVERHANDLUNGEN MIT MONTENEGRO IM JUNI**

Die Kommission hat am 22.05.2012 einen Zwischenbericht über die Reformfortschritte Montenegros vorgelegt und dabei erneut für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit dem Land, das seit 2010 Kandidatenstatus hat, plädiert. Der ER hat 2011 entschieden, die Verhandlungen im Juni 2012 zu beginnen, sofern ein Zwischenbericht der Kommission bis dahin weitere Fortschritte, vor allem in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sowie



bei der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Korruption, bestätigt. Der jetzt vorgelegten Bericht listet weitere Fortschritte in den genannten Bereichen auf, die nach Meinung der Kommission für den Verhandlungsbeginn ausreichen. Die Entscheidung soll beim Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 25./26.06.2012 fallen.

Zwischenbericht der Kommission vom 22.05.2012

[http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2012/montenegro\\_spring\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/montenegro_spring_report_en.pdf)

### **RAT SIEHT BEITRITTSVORBEREITUNGEN KROATIENS IM PLAN**

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 29.05.2012 die Fortschritte Kroatiens bei seinen Beitrittsvorbereitungen begrüßt. Gleichzeitig wird Kroatien aufgefordert, weitere notwendige Anstrengungen, vor allem in den Bereichen Justiz und Grundrechte, Freiheit und Sicherheit sowie Wettbewerbspolitik, in Angriff zu nehmen.

### **EU-RUSSLAND-GIPFEL IN ST. PETERSBURG OHNE WESENTLICHE FORTSCHRITTE**

Der russische Präsident *Putin* hat ER-Präsident *Van Rompuy* und Kommissionspräsident *Barroso* am 03./04.06.12 zum jährlichen EU-Russland-Gipfel in St. Petersburg empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen wirtschafts-, energie und handelspolitische Themen, Fragen der Beziehungen zwischen der EU und Russland, die Menschenrechtslage in Russland und die außenpolitischen Entwicklungen in Syrien, Iran und dem Kaukasus. *Putin* erneuerte die russische Forderung nach gegenseitiger Visafreiheit. Die EU will sich dazu nicht auf einen von Russland gewünschten Zeitplan festlegen, zuvor müsse Russland die vereinbarten Bedingungen erfüllen. Zur Situation in Syrien erklärte *Van Rompuy* vor der Presse, dass die EU und Russland „unterschiedliche Herangehensweisen“ hätten.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **KOMMISSION LEGT NEUEN VORSCHLAG ZUR ÄNDERUNG DER EURODAC-VERORDNUNG VOR**

Die Kommission hat am 30.05.2012 einen lange erwarteten neuen Vorschlag zur Überarbeitung der „Verordnung über die Einrichtung von „Eurodac“ für den



Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des „Dubliner Übereinkommens“ (EURODAC-Verordnung EG Nr. 2725/2000) vorgelegt. Kernpunkt des Vorschlags ist die Gewährung des Zugangs der Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten auf die EURODAC-Datenbank zur Verhütung und Aufdeckung terroristischer und anderer schwerer Straftaten. Die Kommission kommt damit einer Forderung der Mitgliedstaaten nach, die diese nach Veröffentlichung eines ersten Entwurfs der Neufassung der EURODAC-Verordnung 2010 erhoben hatten. In der Grünen-Fraktion des EP regte sich nach Veröffentlichung des Vorschlags hingegen erste Kritik, v. a. in Hinblick auf Datenschutzaspekte.

Vorschlag der Kommission (Englisch):

[http://ec.europa.eu/home-affairs/doc\\_centre/asylum/docs/COM%202012%20254%20final%201\\_EN\\_ACT\\_part1\\_v13.pdf#zoom=100](http://ec.europa.eu/home-affairs/doc_centre/asylum/docs/COM%202012%20254%20final%201_EN_ACT_part1_v13.pdf#zoom=100)

### **KOMMISSION LEGT JAHRESBERICHT 2011 ÜBER ASYL UND MIGRATION VOR**

Die Kommission hat am 01.06.2012 den Dritten Jahresbericht über Einwanderung und Asyl vorgelegt, der Teil des 2008 vom Europäischen Rat angenommenen Pakts für Einwanderung und Asyl ist. In dem Bericht werden die Entwicklungen bei der Umsetzung des Paktes und die diesbezüglichen Prioritäten des Stockholmer Programms von 2009 zusammengefasst und bewertet. Zudem werden Empfehlungen für künftige Maßnahmen formuliert. Der Bericht 2011 soll nun bei der Sitzung des Ji-Rats am 07.06.2012 als Gesprächsgrundlage über die aktuellen Herausforderungen der europäischen Asyl- und Migrationspolitik dienen.

Bericht der Kommission:

[http://ec.europa.eu/home-affairs/doc\\_centre/immigration/docs/COM%202012%20250%20final%201\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v5.pdf](http://ec.europa.eu/home-affairs/doc_centre/immigration/docs/COM%202012%20250%20final%201_DE_ACT_part1_v5.pdf)

### **RATSSCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM GESAMTANSATZ FÜR MIGRATION UND MOBILITÄT ANGENOMMEN**

Der Rat hat am 29.05.2012 Schlussfolgerungen zum Gesamtansatz für Migration und Mobilität angenommen. Die Schlussfolgerungen basieren auf einer entsprechenden Mitteilung der Kommission vom 18.11.2011 (EB 20/12), in der



vorgeschlagen wird, die EU-Maßnahmen in diesem Bereich auf vier operative Prioritäten auszurichten. Der Rat begrüßt die Mitteilung der Kommission als einen Beitrag zu einem in höherem Maße konsequenten, systematischen und strategischen politischen Rahmen für die Beziehungen mit Drittstaaten im Bereich Migration und Mobilität. Zudem wird dargelegt, welche Maßgaben bei der Umsetzung des Gesamtansatzes für Migration und Mobilität aus seiner Sicht zu beachten sind.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

#### **WBF-RAT AM 30./31.05.2012 IN BRÜSSEL**

##### **KEINE EINIGUNG ÜBER SITZ DER ZENTRALKAMMER EINES EUROPÄISCHEN PATENTGERICHTS**

Im WBF-Rat konnte erneut (erwartungsgemäß) keine Einigung über den Sitz der Zentralkammer des erstinstanzlichen Gemeinsamen Patentgerichts erzielt werden. Deutschland und das Vereinigte Königreich hatten schon auf der Ratstagung am 05.12.2011 dem Vorschlag der seinerzeitigen polnischen Ratspräsidentschaft nicht zugestimmt, den Sitz der Zentralkammer in Paris anzusiedeln und auf ihren eigenen Vorschlägen (München bzw. London) beharrt.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/130511.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/130511.pdf)

##### **TEILWEISE ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZUR ALTERNATIVEN STREITBEILEGUNG**

Die Allgemeine Ausrichtung (bei Enthaltung Deutschlands) erfolgte zu den Aspekten Geltungsbereich, Zugang und allgemeine Grundsätze, Information und Kooperation sowie der Rolle der zuständigen Behörden und der Kommission.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st09/st09698.de12.pdf>

##### **KOMMISSION VERKLAGT DEUTSCHLAND WEGEN NICHTUMSETZUNG DER VORRATS-DATENSPEICHERUNGSRICHTLINIE**

Die Kommission hat am 31.05.2012 den nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der



Nichtumsetzung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung (2006/24/EG) eingeleitet und Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) erhoben. Für den Fall der Verurteilung wurde die Verhängung eines Zwangsgelds in Höhe von 315.036,54 € für jeden Tag ab dem Urteil des Gerichtshofs bis zur Umsetzung der Richtlinie beantragt. Das Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich wurde eingestellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/530&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **VERORDNUNGSVORSCHLAG ZU ELEKTRONISCHEN SIGNATUREN**

Am 04.06.2012 hat die Kommission einen neuen Verordnungsvorschlag zur grenzüberschreitenden Verwendung von elektronischen Signaturen und elektronischer Identifizierung vorgelegt.

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/esignature/eu\\_legislation/regulation/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/policy/esignature/eu_legislation/regulation/index_en.htm)

### **DREI EP-AUSSCHÜSSE LEHNEN ACTA AB**

Inzwischen lehnen drei Ausschüsse des EP das umstrittene Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ab. Am 31.05.2012 stimmten der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und der Rechtsausschuss (JURI) gegen ACTA. Der JURI-Ausschuss folgte dabei knapp (10:12:2) nicht der von der Französin *Marielle Gallo* (EVP) eingebrachten Stellungnahme, in welcher sie sich bis zuletzt für eine Annahme von ACTA stark gemacht hatte. Am 21.06.2012 will der federführende INTA-Ausschuss abstimmen; die endgültige Abstimmung im Plenum wird am 02.07.2012 erwartet.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120529IPR45936/html/ACTA-rejected-by-three-EPcommittees>

### **KONSULTATION ZU VORGEHENSWEISEN IM UMGANG MIT ILLEGALLEN INHALTEN IM INTERNET**

Die Kommission hat am 04.06.2012 eine Konsultation zur Bekämpfung illegaler Inhalte im Internet gestartet. Es geht um den Zeitraum, in dem ein Hosting-Dienstleister (z. B. Soziales Netzwerk, E-Commerce Plattform) über strafbare Inhalte, wie zum Beispiel Rassismus oder auch Phishing, erfährt, bis dieser Schritte gegen diese Inhalte einleitet.

Die Konsultation ist bis zum 03.09.2012 geöffnet:



[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2012/clean-and-open-internet\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2012/clean-and-open-internet_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **DISKUSSIONEN ÜBER DIE SCHAFFUNG EINER BANKENUNION**

Die Kommission hat sich am 30.05.2012 im Zuge der Veröffentlichung ihrer länderspezifischen Empfehlungen für die Schaffung einer sog. „Bankenunion“ ausgesprochen. Dazu liegen bisher allerdings keine konkreten Legislativvorschläge der Kommission vor. Es handelt sich im Moment nur um politische Ziele mit einem mittelfristigen Zeithorizont. Aus Sicht der Kommission könnte eine solche Bankenunion aus den folgenden Elementen bestehen: Stärker zentralisierte europäische Bankenaufsicht für grenzüberschreitend tätige Banken; Europäisches Einlagensicherungssystem; Europäischer Abwicklungsfonds für Banken.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/413&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **RICHTLINIENVORSCHLAG DER KOMMISSION ZUM KRISENMANAGEMENT IM BANKENSEKTOR**

Die Kommission hat am 06.06.2012 ihren Richtlinienvorschlag zum Krisenmanagement im Bankensektor vorgestellt. Dieser seit längerer Zeit erwartete Richtlinienentwurf korrespondiert mit dem bereits geltenden deutschen Restrukturierungsgesetz und der Bankenabgabe. Mit dem Krisenmanagement im Bankensektor soll eine der zentralen, beim G20-Gipfel im September 2009 in Pittsburgh eingegangenen Verpflichtungen, erfüllt werden. Ziel ist die Schaffung eines Rechtsrahmens für die Abwicklung von Banken, ohne dass erneut Steuergelder in Anspruch genommen werden müssen. Wesentliche Elemente des Krisenmanagements im Bankensektor sind insbesondere vorbereitende und präventive Maßnahmen, ein frühes Eingreifen der Aufsichtsbehörden sowie Instrumente zur Abwicklung von Banken. Die Richtlinie muss noch vom Rat und vom EP angenommen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/570&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>



### **IRISCHES REFERENDUM ZUM FISKALPAKT**

Beim irischen Referendum zum Fiskalpakt haben rund 60 % der Abstimmenden für den Fiskalpakt gestimmt. Irland ist damit nach Griechenland, Portugal und Slowenien der vierte Mitgliedstaat des Euroraums, der den Fiskalpakt ratifiziert hat. Das positive irische Votum hat eine starke Signalwirkung für die Mitgliedstaaten, die den Pakt bisher noch nicht ratifiziert haben. Der Fiskalpakt soll spätestens am 01.01.2013 in Kraft treten. Voraussetzung dafür ist, dass er bis dahin von zwölf Mitgliedstaaten des Euroraums ratifiziert wurde. Außerhalb des Euroraums wurde der Fiskalpakt bisher von den Parlamenten Dänemarks, Schwedens, Rumäniens und Lettlands gebilligt.

[http://www.auswaertiges-  
amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2012/120601-Fiskalpakt-Irland.html](http://www.auswaertiges-<br/>amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2012/120601-Fiskalpakt-Irland.html)

### **UMSETZUNG DES RETTUNGSPROGRAMMS FÜR PORTUGAL – SACHSTAND**

Die Troika (Kommission, EZB und IWF) kam bei der vierten vierteljährlichen Überprüfung des portugiesischen Anpassungsprogramms zu dem Ergebnis, dass Portugal mit der Programmumsetzung weiterhin auf Kurs ist. Die breite politische Unterstützung für den Konsolidierungs- und Reformkurs sowie der soziale Konsens in Portugal seien wesentliche Beiträge für die bisher erfolgreiche Programmumsetzung. Das Gesamtvolumen des portugiesischen Rettungsprogramms beträgt 78 Mrd. €. Davon werden jeweils 26 Mrd. € vom IWF, von der EFSF und vom EFSM getragen. Bisher wurden insgesamt rund 53 Mrd. € freigegeben. Auf der Grundlage des positiven Votums der Troika steht nun die Freigabe der nächsten Tranche in Höhe von 4,1 Mrd. € an (davon 2,7 Mrd. € von EFSF/EFSM und 1,4 Mrd. € vom IWF).

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/405&form  
at=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/405&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de)

### **KOMMISSIONSVORSCHLÄGE ZU DEN DEFIZITVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND, BULGARIEN, UNGARN UND SPANIEN**

Die Kommission hat dem Rat empfohlen, die gegen Bulgarien und Deutschland laufenden Defizitverfahren gemäß Art. 126 Abs. 12 AEUV einzustellen. Das Defizit beider Mitgliedstaaten betrug bereits im Jahr 2011 deutlich unter 3 % des BIP. In Bezug auf Ungarn empfiehlt die Kommission dem Rat, die am 13.03.2012 beschlossene Suspendierung von Strukturfondsmitteln





wieder aufzuheben, da Ungarn inzwischen ausreichende Maßnahmen zur Defizitkorrektur getroffen hat. In Bezug auf Spanien signalisierte Kommissar *Rehn*, dass die Frist zur Korrektur des spanischen Defizits auf unter 3 % um ein Jahr bis 2014 verlängert werden könnte. Bedingung dafür sei aber, dass Spanien die exzessiven Ausgaben auf sub-nationaler Ebene, vor allem bei den autonomen Regionen, unter Kontrolle bringe und einen tragfähigen Haushaltsplan für die Jahre 2013 und 2014 aufstelle.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/385&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN DER KOMMISSION – GESCHÄFTSBEREICH DES STMF**

Die Kommission hat am 30.05.2012 ihre länderspezifischen Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedstaaten und für den Euroraum insgesamt abgegeben. Zu den Empfehlungen für den Euroraum gehören z. B. eine stärkere Verantwortung der Eurogruppe für die Gesamtpolitik im Euroraum, eine engere politische Zusammenarbeit innerhalb der Eurogruppe und die Festigung der Haushaltsdisziplin. Deutschland empfiehlt die Kommission u. a., die hohe Abgabenlast vor allem für Geringverdiener haushaltsneutral zu reduzieren, die steuerlichen Fehlanreize für Zweitverdiener abzuschaffen und das Steuersystem effizienter zu gestalten. Die verbleibenden strukturellen Schwächen im Finanzsektor sollen behoben und Landesbanken ohne rentables Geschäftsmodell umstrukturiert werden. In einem Begleitdokument zu den länderspezifischen Empfehlungen bemängelt die Kommission, dass die Schuldenbremse auf Länderebene noch nicht vollständig umgesetzt ist. Zunächst wird sich der Rat mit den Kommissionsempfehlungen befassen. Anschließend müssen sie vom ER, also den Staats- und Regierungschefs, am 28./29.06.2012 gebilligt werden. Formal angenommen werden die Empfehlungen dann im Juli durch den Rat.

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/swd2012\\_euroarea\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/swd2012_euroarea_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2012\\_euroarea\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2012_euroarea_de.pdf)

### **UMSETZUNG DES VERFAHRENS WEGEN MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE**

Am 14.02.2012 hatte die Kommission in ihrem ersten Frühwarnbericht im Rahmen des Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte festgestellt, dass die makroökonomische Lage der folgenden zwölf Mitgliedstaaten



eingehender analysiert werden muss: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Schweden, Slowenien, Spanien, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern. Am 30.05.2012 hat die Kommission die Ergebnisse der vertieften Überprüfung dieser Mitgliedstaaten veröffentlicht. Sie kam zu dem Ergebnis, dass in allen zwölf Mitgliedstaaten makroökonomische Ungleichgewichte existieren, die korrigiert und genau überwacht werden müssen. Die Einleitung von Verfahren wegen übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte hält die Kommission aber nicht für notwendig. Das Verfahren bewegt sich also weiterhin im präventiven Bereich. Den dringendsten Handlungsbedarf sieht die Kommission bei Spanien und Zypern. Die Mitgliedstaaten, die Finanzhilfen erhalten (Griechenland, Irland, Portugal und Rumänien), werden im Rahmen des Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte nicht näher geprüft, da sie im Rahmen der laufenden Hilfsprogramme bereits einer verstärkten wirtschaftspolitischen Überwachung unterliegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/388&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **KONVERGENZBERICHT 2012**

Die Kommission hat am 30.05.2012 den Konvergenzbericht 2012 veröffentlicht. Mit dem Konvergenzbericht werden im zweijährigen Turnus die Fortschritte der Nicht-Euro-Mitgliedstaaten bei den Kriterien für die Einführung des Euro bewertet. Zu den Kriterien für die Einführung des Euro gehören die Finanzlage der öffentlichen Hand, die Preisstabilität, die Wechselkursstabilität und die Konvergenz der langfristigen Zinssätze. Von den acht im Konvergenzbericht bewerteten Mitgliedstaaten (Bulgarien, Tschechien, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien und Schweden) erfüllt derzeit keiner alle Konvergenzkriterien für die Einführung des Euro. Vor diesem Hintergrund wird es zunächst zu keiner Erweiterung des Euroraumes kommen. Derzeit umfasst der Euroraum 17 Mitgliedstaaten.

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/articles/euro/2012-05-30-convergence-report\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/euro/2012-05-30-convergence-report_en.htm)

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2012/pdf/ee-2012-3\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2012/pdf/ee-2012-3_en.pdf)



## **DISKUSSION ÜBER DEN NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN IM RAT FÜR ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN VOM 29.05.2012**

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat sich am 29.05.2012 erneut mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 bis 2020 befasst. Österreich, Tschechien, Deutschland, Finnland, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich haben erneut deutlich gemacht, dass sich die Konsolidierungsanstrengungen der Mitgliedstaaten auch im nächsten MFR widerspiegeln müssen. Weitgehende Einigkeit besteht im Rat, dass die Qualität der EU-Ausgaben verbessert werden soll. Das von der Kommission vorgeschlagene neue Eigenmittelsystem wurde im Rat sehr kontrovers diskutiert. Deutschland hat sich zusammen mit einer Reihe anderer Mitgliedstaaten sowohl gegen die neuen Mehrwertsteuer-Eigenmittel als auch gegen die Finanztransaktionssteuer als Einnahmequelle für den EU-Haushalt ausgesprochen. Im ER (Staats- und Regierungschefs) wird es beim Treffen am 28./29.06.2012 eine erste substantielle Diskussion über den MFR 2014 bis 2020 geben. Die Verhandlungen sollen bis Ende 2012 abgeschlossen werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/12/st10/st10063-re01.en12.pdf>

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/130495.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/130495.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

## **KOMMISSIONSVORSCHLAG FÜR LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN UND ERGEBNISSE DER EINGEHENDEN PRÜFUNGEN IM VERFAHREN ZUR BEHEBUNG MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE**

Am 30.05.2012 hat die Kommission ihre Vorschläge für „länderspezifische Empfehlungen“ im Rahmen des Europäischen Semesters vorgelegt, das der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten dient; ein weiterer Text enthält Empfehlungen für den Euroraum in einer Gesamtbetrachtung. Gegenüber Deutschland äußert sich die Kommission in der Tendenz positiv zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen, mahnt aber eine effektive Umsetzung der Schuldenbremse an. Im Finanzsektor (Stichwort Landesbanken) und im Bereich der Arbeits-, Bildungs- und Familienpolitik (insbesondere bei den Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen und Zweitverdienern,



vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels) sieht die Kommission in Deutschland eine unzureichende Reformbereitschaft. Im Abschnitt zu sektoralen Wirtschaftsthemen fordert die Kommission Deutschland u. a. auf, die gesamtökonomischen Kosten der Energiewende nicht ausufern zu lassen. Zugleich hat die Kommission auch die Ergebnisse der „eingehenden Überprüfungen“ von zwölf Mitgliedstaaten im Rahmen des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte veröffentlicht sowie offiziell die Einstellung laufender Defizitverfahren, u. a. gegen Deutschland, vorgeschlagen (s. zu den arbeits- und familienpolitischen Aspekten der länderspezifischen Empfehlungen den Beitrag des StMAS, zu finanz- und steuerpolitischen Aspekten sowie zur Einstellung der Defizitverfahren s. den Beitrag des StMF, jeweils in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/513&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_en.htm)

#### **RICHTLINIENVORSCHLAG DER KOMMISSION ZUM KRISENMANAGEMENT IM BANKENSEKTOR**

Die Kommission hat am 06.06.2012 ihren Richtlinienvorschlag zum Krisenmanagement im Bankensektor vorgestellt. Dieser seit längerer Zeit erwartete Richtlinienentwurf korrespondiert mit dem bereits geltenden deutschen Restrukturierungsgesetz und der Bankenabgabe. Mit dem Krisenmanagement im Bankensektor soll eine der zentralen, beim G20-Gipfel im September 2009 in Pittsburgh eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden. Ziel ist die Schaffung eines Rechtsrahmens für die Abwicklung von Banken, ohne dass erneut Steuergelder in Anspruch genommen werden müssen. Wesentliche Elemente des Krisenmanagements im Bankensektor sind insbesondere vorbereitende und präventive Maßnahmen, ein frühes Eingreifen der Aufsichtsbehörden sowie Instrumente zur Abwicklung von Banken. Die Richtlinie muss noch vom Rat und vom EP angenommen werden (s. dazu den Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/570&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>



### **DISKUSSIONEN ÜBER DIE SCHAFFUNG EINER BANKENUNION**

Die Kommission hat sich am 30.05.2012 im Zuge der Veröffentlichung ihrer länderspezifischen Empfehlungen für die Schaffung einer sog. „Bankenunion“ ausgesprochen. Für die Schaffung einer Bankenunion liegen bisher keine konkreten Legislativvorschläge der Kommission vor. Es handelt sich im Moment nur um politische Ziele mit einem mittelfristigen Zeithorizont. Aus Sicht der Kommission könnte eine solche Bankenunion aus den folgenden Elementen bestehen: Einer stärker zentralisierten europäischen Bankenaufsicht für grenzüberschreitend tätige Banken, einem Europäischen Einlagensicherungssystem und einem Europäischen Abwicklungsfonds für Banken. Die Frage der weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion durch die Schaffung einer Bankenunion dürfte eines der Themen des Gipfels des ER am 28./29.06.2012 werden (s. dazu den Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/413&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **MITTEILUNG ÜBER DEN AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN IM BINNENMARKT**

Am 06.06.2012 hat die Kommission die Mitteilung „Erneuerbare Energien: ein wichtiger Faktor auf dem europäischen Energiemarkt“ vorgelegt. Darin skizziert sie zum einen Optionen für den regulatorischen Rahmen zur weiteren Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien im Zeitraum nach dem Jahr 2020; bis dahin reicht der gegenwärtige Rechtsrahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie 2009/28/EG. Zum anderen will sie etwa mit Leitlinien und einem „best practice“-Austausch den Ausbau erneuerbarer Energien bereits nach geltendem Recht beschleunigen. Dazu setzt sie an einer intensiveren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Energiehandel an, besonders aber an Reformen von Fördersystemen, die kosteneffizienter, binnenmarktkonform und stärker zielgerecht ausgestaltet werden sollen. Energieerzeuger sollten ihrer Ansicht nach jedenfalls bei zunehmend marktreifen Technologien auch dem Marktpreisrisiko ausgesetzt werden. Die Kommission hält auch eine bessere Koordinierung der Fördersysteme für geboten, kündigt aber keinen Rechtsvorschlag zur europaweiten Harmonisierung an.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/571&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 30./31.05.2012: ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT**

Am 30./31.05.2012 tagte der Wettbewerbsfähigkeitsrat und beschäftigte sich insbesondere mit Binnenmarkt- und Forschungsthemen: Der Rat erzielte dabei eine teilweise allgemeine Ausrichtung zum Wettbewerbsförderprogramm COSME und zum zukünftigen Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 (dabei gilt der Grundsatz: „Nichts ist entschieden, bis alles entschieden ist.“ Alle Aspekte der Finanzausstattung sind noch offen. Weiterhin hielt er Orientierungsaussprachen zur Berufsanerkennungsrichtlinie und zu zwei Fragen der Reform der allgemeinen Vergaberechts-Richtlinie. Schlussfolgerungen zum digitalen Binnenmarkt und zur Binnenmarktsteuerung sowie zu Innovationspartnerschaften, und eine Aussprache zum Sitz der Zentralkammer der zukünftigen europäischen Patentgerichtsbarkeit – freilich ohne Ergebnis – standen ebenfalls auf der Tagesordnung (zur Berufsanerkennungsrichtlinie s. den Beitrag des StMAS, zu Horizont 2020 s. den Beitrag des StMWFK, zur Sitzfrage der Patentgerichtsbarkeit und zu den weiteren Justiz- und Verbraucherschutzthemen s. den Beitrag des StMJV, jeweils in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/intm/130562.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/130562.pdf)

### **KONSULTATION ZUR STÄRKUNG DER INDUSTRIELLEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT**

Am 29.05.2012 hat die Kommission eine bis zum 07.08.2012 laufende öffentliche Konsultation zur Überarbeitung und Weiterentwicklung der EU-Industriepolitik eingeleitet. Dabei geht es insbesondere um die Bewertung, ob die Orientierungen aus der Mitteilung „Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung – Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit“ aus dem Jahr 2010 (EB 18/10) noch aktuell sind und ob die darin enthaltenen Maßnahmen auch den erwünschten Nutzen brachten. Die Kommission erhofft sich dadurch Anregungen für rasch zu ergreifende weitere Initiativen, die möglichst schon kurz- bis mittelfristig Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum fördern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/512&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



## **KONSULTATION ZU NEUEN BEIHILFELEITLINIEN FÜR DEN BREITBANDAUSBAU**

Am 01.06.2012 hat die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für Beihilfen zur Breitbandförderung gestartet. Sie hat dazu einen Textentwurf für überarbeitete Leitlinien veröffentlicht. Nach Auffassung der Kommission haben die Erfahrungen mit dem aktuellen Rechtsrahmen gezeigt, dass nur eine begrenzte und punktuelle Überarbeitung nötig sei, die sich an den Überlegungen zu einer übergreifenden Beihilfereform (mit dem Ziel einfacher Regeln für kleine Fälle, um eine Konzentration auf große Vorhaben zu erlauben, s. EB 09/12) ausrichte. Demnach sollen insbesondere die Genehmigungsvoraussetzungen für eine Investitionsbeihilfe in ländlichen Gebieten („weiße Flecken“) gelockert werden. Dank klarerer und strafferer Regeln könne die Beschlussfassung beschleunigt werden. Eine Teilnahme an der Konsultation ist laut Webseite zur Konsultation bis 01.09.2012 möglich (laut Pressemitteilung bis 03.09.2012).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/550&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **ABSCHLUSSBERICHT DER HOCHRANGIGEN GRUPPE CARS 21 – KOMMISSION KÜNDIGT AKTIONSPLAN FÜR AUTOMOBILBRANCHE AN**

Die von der Kommission eingesetzte Hochrangige Gruppe CARS 21 hat am 06.06.2012 ihren Abschlussbericht „Vision 2020: Empfehlungen zur Unterstützung eines neuen Aufschwungs in der Automobilindustrie“ vorgelegt. Die Experten rufen zu raschen und konkreten Maßnahmen in Schlüsselbereichen wie Elektromobilität, Sicherheit im Straßenverkehr und intelligenten Verkehrssystemen auf. Auch eine Strategie für besseren internationalen Marktzugang sowie eine Überprüfung des Rechtsrahmens für CO<sub>2</sub>-Emissionen von PKW und leichten Nutzfahrzeugen wird gefordert. Die Kommission kündigte für Herbst 2012 einen Aktionsplan in Form einer Mitteilung an, welche die Empfehlungen des Abschlussberichts mit einbeziehen werde.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/572&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **EP-AUSSCHUSS NIMMT BERICHT ZU NEUEN TACHOGRAPHEN AN**

Der EP-Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr hat am 31.05.2012 über den Einsatz digitaler Fahrtenschreiber (sog. „Tachographen“) nach den Ver-



ordnungen (EWG) Nr. 3821/85 sowie (EG) Nr. 561/2006 ab dem Jahr 2017 abgestimmt. Umstritten und für das StMWIVT von besonderem Interesse ist eine u. a. auf Handwerkerbetriebe zielende Ausnahme von der Tachographenpflicht. Der Ausschuss beschloss dazu, dass solche Fahrzeuge nicht mit Tachographen ausgerüstet werden müssen, wenn sie zur Beförderung von Gegenständen dienen, die der Fahrer zur Berufsausübung braucht und die nur im Umkreis von 150 km vom Unternehmensstandort bewegt werden. Außerdem dürfe das Fahrzeugenken nicht Haupttätigkeit des Fahrers sein. Die Kommission hatte eine Ausweitung des Radius auf lediglich 100 km vorgeschlagen. Es gibt aber einige redaktionelle Unklarheiten, so dass im Ergebnis die Plenarabstimmung abgewartet werden muss, die für den 02.07.2012 angesetzt ist.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/content/20120525STO45813/html/Neue-Fahrtenschreiber-f%C3%BCr-mehr-Sicherheit>

#### **KOMMISSION KÜNDIGT FORTFÜHRUNG DES PROGRAMMS NAIADES ZUR FÖRDERUNG DER BINNENSCHIFFFAHRT AN**

Am 31.05.2012 hat die Kommission ein Arbeitspapier vorgestellt, in dem sie eine Weiterführung des 2013 auslaufenden Programms zur Förderung der Binnenschifffahrt, NAIADES, ankündigt. Das neue Programm NAIADES II soll ab 2014 zur Erhöhung des Transportanteils der Binnenschifffahrt beitragen. Näheres will die Kommission im Jahr 2013 in einer Mitteilung erläutern. Ebenfalls für das Jahr 2013 kündigte sie einen Vorschlag zu Emissionsgrenzen für Motoren bei Binnenschiffen an.

[http://ec.europa.eu/transport/inland/promotion/naiades\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/inland/promotion/naiades_en.htm)

#### **DONAU-ANRAINERSTAATEN FÜR BESSERE KOOPERATION BEI DER SICHERUNG DER SCHIFFBARKEIT**

Auf Initiative der Kommission haben die Verkehrsminister der meisten Donau-Anrainerstaaten, darunter auch Deutschland, am 07.06.2012 eine gemeinsame Erklärung zur Sicherung der Schiffbarkeit auf der Donau verabschiedet; Ungarn hat die Erklärung bisher noch nicht unterzeichnet oder anderweitig mitgetragen. Die Staaten verpflichten sich in der Erklärung, Auswirkungen von Unwägbarkeiten wie niedrigen Wasserständen oder Vereisungen auf die Schiffbarkeit zu begrenzen und die dazu nötigen Maßnahmen im Rahmen der Donaustrategie und mit Hilfe des EU-Koordinators für Binnenschifffahrt im





Rahmen der Transeuropäischen Netze aufeinander abzustimmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/579&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND IN SACHEN BAHN-INTEROPERABILITÄT**

Die Kommission hat am 31.05.2012 Deutschland, Frankreich, Polen und Portugal eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt, da diese die Richtlinie 2011/13/EG zur Interoperabilität von Eisenbahnsystemen noch nicht in nationales Recht umgesetzt haben. Kommen die Mitgliedstaaten der Aufforderung der Kommission zur Umsetzung nicht nach, kann die Kommission den EuGH anrufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/520&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **EU LEITET WTO-BESCHWERDEVERFAHREN GEGEN ARGENTINIEN EIN**

Die Kommission hat am 25.05.2012 bei der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf eine Beschwerde gegen Argentinien wegen mehrerer einfuhrbeschränkender Maßnahmen eingelegt. Sie wendet sich gegen die seit Februar 2012 für alle Einfuhren geltende Verpflichtung der Vorabregistrierung und Vorabgenehmigung, gegen erforderliche Einfuhrlizenzen für über 600 Produkte sowie gegen die Vorgabe an argentinische Unternehmen, alle Importe mit heimischen Exporten bzw. heimischen Einkäufen auszugleichen oder keine Gewinne ins Ausland zu überweisen. Nach den Analysen der Kommission erleiden europäische Unternehmen durch die angegriffenen Maßnahmen erhebliche wirtschaftliche Nachteile.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/503&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION STELLT WELTWEIT STARKEN ANSTIEG PROTEKTIONISTISCHER MASSNAHMEN FEST**

Die Kommission hat am 06.06.2012 ihren neunten Bericht über potenziell handelsbeschränkende Maßnahmen ihrer 31 weltweit bedeutendsten Handelspartner veröffentlicht. Darin stellt sie eine starke Zunahme protektionistischer Maßnahmen fest. Allein in den letzten acht Monaten sei die Zahl der weltweit bestehenden handelsbeschränkenden Maßnahmen um 25 % (von 421 auf



534) gestiegen. Die G20-Staaten blieben daher erheblich hinter ihren Zusagen von 2009 und 2011 zum Abbau bestehender Hindernisse zur Verhinderung neuer Handelsschranken zurück. Der Großteil neu eingeführter Handelsbeschränkungen sei bei den Ländern Argentinien, Brasilien, Indien, Indonesien und Russland zu beobachten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/567&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/environment/chemicals/pdf/report\\_Mixture%20toxicity.pdf](http://ec.europa.eu/environment/chemicals/pdf/report_Mixture%20toxicity.pdf)

### **EUROPÄISCHE PLATTFORM FÜR RESSOURCENEFFIZIENZ GESTARTET**

Am 05.06.2012 hat Umweltkommissar *Janez Potočnik* die Europäische Plattform für Ressourceneffizienz (EREP - European Resource Efficiency Platform) eröffnet. Im Rahmen der laufenden Umsetzung des Fahrplans für ein ressourceneffizientes Europa (EB 16/11) soll über die Plattform bestimmt werden, wie die Ziele und Visionen des Plans am besten realisiert und die Wirtschaft Europas bis 2050 entsprechend zukunftsfähig gemacht werden kann (s. dazu Beitrag des StMUG in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/environment/resource\\_efficiency/re\\_platform/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/re_platform/index_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **RAT FÜR ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN ZUR GAP-FINANZIERUNG NACH 2013**

Am 29.05.2012 befasste sich der Rat für Allgemeine Angelegenheiten (RfAA) erneut mit dem mehrjährigen Finanzrahmen (MFR, s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB) 2014 - 2020. Diskussionsgrundlage war erstmals eine Verhandlungsbox, die alle Teile des MFR abdeckt, darunter auch die in Rubrik 2 (Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen) angesiedelte GAP. Deutschland und sechs weitere Mitgliedstaaten forderten eine deutliche Kürzung der Gesamtausgaben gegenüber dem Kommissionsvorschlag. Ein Anstieg der nationalen Beiträge zum EU-Haushalt müsse vermieden werden. Gleichzeitig sehen viele Mitgliedstaaten eine stärkere Ausrichtung des MFR auf Investitionen zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung als besonders wichtig an. In diesem Zusammenhang wurde darüber diskutiert, die Obergrenze für die Direktzahlungen zur Anpassung der Gesamtausgaben in Rubrik 2 Jahr für Jahr um einen bestimmten Prozentsatz zu kürzen. Ebenso wurde



über einen stärkeren Ausgleich der Direktzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten diskutiert. Der MFR wird zentrales Thema des nächsten RfAA am 26.06.2012 in Luxemburg sein. Die Staats- und Regierungschefs werden am 28./29.06.2012 erstmals substantiell über den MFR diskutieren. Diskussionen über konkrete Zahlen werden dabei noch nicht erwartet. Ziel ist weiterhin, die Verhandlungen zum MFR bis Ende 2012 abzuschließen.

Pressemitteilung des Rates unter:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/130495.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/130495.pdf)

### **INFORMELLER AGRARRAT VOM 03. - 05.06.2012 IN HORSENS, DÄNEMARK**

Die EU-Agrarminister trafen sich vom 03. - 05.06.2012 im dänischen Horsens zu Gesprächen über die Möglichkeiten von Produktionssteigerungen bei gleichzeitig geringeren Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen. Diese Diskussion zu „Grünem Wachstum“ wurde in Form einer „Talkshow“ geführt, in deren Rahmen auch Präsentationen namhafter Vertreter von OECD, WWF und Unilever stattfanden. Im so geformten „think tank“ diskutierten die Minister u. a. über die bessere Kommunikation und stärkere Differenzierung für besondere Qualitätsprodukte (Umwelt- und Tierschutzstandards bzw. Herkunft), die technischen Herausforderungen nachhaltiger Produktionssteigerungen, die Marktungleichgewichte entlang der Produktionskette, die dazu führten, dass Landwirte von Preissteigerungen bei Lebensmitteln nicht profitierten, sowie die Notwendigkeit von mehr Forschung und Innovation im Agrarbereich.

Information der dänischen Ratspräsidentschaft zum Treffen unter:

<http://eu2012.dk/de/NewsList/Juni/Uge-23/Post-AGRI>

### **ERH KRITISIERT BEIHILFEN FÜR MODERNISIERUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER BETRIEBE**

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat am 30.05.2012 seinen Sonderbericht Nr. 8/2012 „Ausrichtung der Beihilfen für die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe auf bestimmte Ziele“ veröffentlicht. Er kommt zu dem Schluss, dass das Ziel der Maßnahme zwar grundsätzlich erreicht wurde, denn Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe führten fast zwangsläufig zu einer Modernisierung. Die meisten der zehn geprüften Mitgliedstaaten (in Deutschland Baden-Württemberg) hätten es jedoch versäumt, die im Rah-



men der Maßnahme 121 zur „Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe“ ausbezahlten Beihilfen auf die EU-Prioritäten erneuerbare Energien und Klimawandel auszurichten.

Bericht unter:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/14762738.PDF>

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT STUDIE ZUR FÖRDERUNG FÜR DEN ÖKO-LANDBAU**

Die Kommission hat am 22.05.2012 eine Studie zu „Einsatz und Effizienz öffentlicher Fördermaßnahmen für den ökologischen Landbau“ veröffentlicht, die vom Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI) gemeinsam mit dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) und dem Organic Research Centre (ORC) im Auftrag der Kommission durchgeführt wurde. Darin werden (a) die bereits bestehenden öffentlichen Fördermaßnahmen für den ökologischen Landbau in allen Mitgliedstaaten und (b) das Verhältnis zwischen politischen Maßnahmen, Strategien und der Entwicklung des ökologischen Landbaus in sechs Beispielstaaten bzw. neun Regionen (in Deutschland Bayern und Niedersachsen) untersucht. Die Studie stellt fest, dass alle Mitgliedstaaten bzw. Regionen Förderpakete für den ökologischen Landbau eingeführt haben. Diese seien meist eine Kombination aus Instrumenten der ländlichen Entwicklung, nationalen oder regionalen Maßnahmen oder nationalen ökologischen Aktionsplänen. Jedoch seien diese Pakete z. T. zu wenig zielgerichtet und nicht ausreichend integriert. Die Höhe der Zahlungen und Zahlungsansprüche in den verschiedenen Mitgliedstaaten differiere stark.

Die Studie ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/external-studies/organic-farming-support\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/external-studies/organic-farming-support_en.htm)

### **WETTBEWERBSBEHÖRDEN: KEINE AUSNAHMEN VON DEN WETTBEWERBSREGELN FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE KLEINBETRIEBE**

Das Europäische Wettbewerbsnetz (Wettbewerbsbehörden der Kommission und der Mitgliedstaaten) hat am 24.05.2012 einen Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass Landwirte beim Zugang zu Lebensmittelmärkten zwar mit Hürden konfrontiert, Ausnahmen von geltenden Wettbewerbsregeln für kleine Betriebe jedoch nicht zielführend sind. Vielmehr sollten Landwirte die Möglichkeit erhalten, sich in Genossenschaften zusammenzuschließen, um



ihre Verhandlungsmacht zu stärken und somit ihre Wettbewerbsstellung zu verbessern. Zentrales Ergebnis des Berichts ist, dass sich der Wettbewerb auf Lebensmittelmärkten allgemein zugunsten des Konsumenten auswirkt. Jüngste Preissteigerungen seien eher auf externe Faktoren (z. B. Fluktuationen auf den Rohstoffmärkten, Preissteigerungen bei den landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, Entwicklung von globalem Angebot und globaler Nachfrage) zurückzuführen als auf Beschränkungen des Wettbewerbs.

[http://ec.europa.eu/competition/ecn/food\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/competition/ecn/food_report_en.pdf)

### **BIENENGESUNDHEIT – EFSA-STELLUNGNAHME KRITISIERT STUDIENERGEBNISSE**

Am 23.05.2012 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine wissenschaftliche Stellungnahme veröffentlicht, welche die Studien zur Sterblichkeit von Bienen, die im März 2012 in der Zeitschrift „Science“ veröffentlicht wurden, als unzureichend erklärt. Die Science-Studie war zu dem Schluss gekommen, dass der Gebrauch von Insektiziden aus der Gruppe der Neonicotinoide im Zusammenhang mit dem starken Rückgang von Bienenpopulationen in Europa steht (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Stellungnahme der EFSA zu den Ergebnissen ihrer Untersuchung:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/2752.pdf>

Science-Studien:

<http://www.sciencemag.org/content/335/6076/1555>

### **EUROPÄISCHE INNOVATIONSPARTNERSCHAFTEN: SCHLUSS- FOLGERUNGEN DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATS AM 31.05.2012**

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat am 31.05.2012 in Brüssel (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB) billigte ohne Aussprache Schlussfolgerungen zur Weiterentwicklung der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIPs). Darin nimmt der Rat die Kommissionsvorschläge zur Kenntnis und drängt gleichzeitig darauf, die Mitgliedstaaten stärker einzubeziehen. Neue EIPs sollten dem Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ und anderen einschlägigen Ratsformationen in einem frühen Stadium übermittelt werden. Außerdem begrüßte der Rat die Absicht der Kommission, 2013 eine Evaluierung des Gesamtergebnisses der Pilot-EIP zum „Aktiven und gesunden Altern“ sowie der 2012 eingeleiteten EIPs vorzunehmen. EIPs sind von der Kommission entwickelt worden, um Innovationsanstrengungen im öffentlichen wie auch im privaten Sektor zu bün-



deln und dadurch zum Wachstum der europäischen Wirtschaft beizutragen. Für den Bereich Landwirtschaft wurde am 29.02.2012 die EIP „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EB 05/12) ins Leben gerufen. Daneben existieren EIPs zum „Aktiven und gesunden Altern“ sowie für Rohstoffe.

Ratsschlussfolgerungen zu EIPs:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st10/st10220.de12.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **KOMMISSION: VORLAGE DER LÄNDERSPEZIFISCHEN EMPFEHLUNGEN FÜR DEUTSCHLAND IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS**

Die Kommission hat im Rahmen des Europäischen Semesters am 30.05.2012 als Teil eines Pakets von Maßnahmen zur Schaffung von Stabilität, Wachstum und Arbeitsplätzen ihren Entwurf für länderspezifische Empfehlungen für die 27 Mitgliedstaaten vorgelegt. Mit Blick auf den Geschäftsbereich des StMAS wird Deutschland u. a. empfohlen, die Zahl der Kindertagesstätten zu erhöhen, geeignete Aktivierungs- und Integrationsmaßnahmen speziell für Arbeitslose aufrechtzuerhalten sowie die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Lohnentwicklung mit dem Produktivitätszuwachs Schritt hält. Zudem sollten eine haushaltsneutrale Verringerung der Steuer- und Abgabenlast vor allem für Geringverdiener vorgenommen und „steuerliche Fehlanreize“ für Zweitverdiener abgeschafft werden. Maßnahmen sollten auch ergriffen werden, um das Bildungsniveau „benachteiligter Bevölkerungsgruppen“ anzuheben, indem insbesondere die Chancengleichheit im allgemeinen und beruflichen Bildungssystem sichergestellt wird.

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2012\\_germany\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2012_germany_en.pdf)

### **TAGUNG DES RATES „WETTBEWERBSFÄHIGKEIT“: ORIENTIERUNGS-AUSSPRACHE ZUR BERUFSANERKENNUNGSRICHTLINIE**

Die Revision der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen bildete eines der Themen der Tagung des Rates „Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt) am 30./31.05.2012 in Brüssel. Zur Modernisierung der Richtlinie fand eine erste Orientierungsdebatte im Rat statt, die sich auf Grundlage eines Fragenkatalogs der dänischen Präsidentschaft schwerpunktmäßig mit der Einführung eines „Euro-



päischen Berufsausweises“ sowie dem Verfahren zur Steigerung der Transparenz der mitgliedstaatlichen Berufsreglementierungen befasste. Die Aussprache unter den Delegationen zeigte, dass gegenwärtig noch zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen neuen Vorschriften offen sind. Die Kommission hatte im Dezember 2011 einen Entwurf zur Abänderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Verordnung über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-informationssystems vorgelegt (EB 22/11).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/intm/130562.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/130562.pdf)

### **„MONTI-II“-VERORDNUNG: NATIONALE PARLAMENTE RÜGEN VERLETZUNG DES SUBSIDIARITÄTSPRINZIPS**

Bzgl. des mit den Vorschlägen der Kommission zur Aktualisierung der EU-Vorschriften zur Entsendung von Arbeitnehmern vorgelegten Verordnungsentwurfs über die „Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit“ (EB 06/12) haben zwölf der insgesamt 40 Kammern der nationalen Parlamente (entspricht 19 Stimmen) eine begründete Stellungnahme verabschiedet. Mit der Rüge des Subsidiaritätsprinzips bei der sog. „Monti II“-Verordnung wird erstmals die notwendige Stimmenzahl der nationalen Parlamente bei der Subsidiaritätsprüfung gemäß des Vertrags von Lissabon („gelbe Karte“) erreicht. Die Kommission kann den Vorschlag aufrechterhalten, ihn verändern oder darauf verzichten.

<http://www.ipex.eu>

### **KOMMISSION LEGT NEUEN VORSCHLAG ZUR ÄNDERUNG DER EURODAC-VERORDNUNG VOR**

Die Kommission hat am 30.05.2012 einen lange erwarteten neuen Vorschlag zur Überarbeitung der „Verordnung über die Einrichtung von „Eurodac“ für den Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens“ (EURODAC-Verordnung EG Nr. 2725/2000) vorgelegt. Kernpunkt des Vorschlags ist die Gewährung des Zugangs der Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten auf die EURODAC-Datenbank zur Verhütung und Aufdeckung terroristischer und anderer schwerer Straftaten. Die Kommission kommt damit einer Forderung der Mitgliedstaaten nach, die



diese nach Veröffentlichung eines ersten Entwurfs der Neufassung der EURODAC-Verordnung 2010 erhoben hatten. In der Grünen-Fraktion des EP regte sich nach Veröffentlichung des Vorschlags hingegen erste Kritik, v. a. in Hinblick auf Datenschutzaspekte (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

Vorschlag der Kommission (Englisch):

[http://ec.europa.eu/home-affairs/doc\\_centre/asylum/docs/COM%202012%20254%20final%201\\_EN\\_AC\\_T\\_part1\\_v13.pdf#zoom=100](http://ec.europa.eu/home-affairs/doc_centre/asylum/docs/COM%202012%20254%20final%201_EN_AC_T_part1_v13.pdf#zoom=100)

### **CHEMIKALIENSICHERHEIT - NEUER ANSATZ BEI CHEMISCHEN MISCHUNGEN**

Am 31.05.2012 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung an den Rat zu Kombinationswirkungen von Chemikalien bzw. zu chemischen Mischungen. Hintergrund sind die bislang noch ungeklärten kombinierten Wirkungen von Mischungen von Chemikalien (sog. Cocktaileffekte), die ggf. über die, z. B. toxischen Effekte der einzelnen Komponenten, hinausgehen können. Unter Bezugnahme auf zwei Gutachten bzw. Berichte der wissenschaftlichen Kommissionsdienste gibt der Bericht Auskunft über das weitere Vorgehen der Kommission bei der Bewertung chemischer Mischungen, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt möglichst umfassend zu schützen.

Mitteilung zu Kombinationswirkungen von Chemikalien:

[http://ec.europa.eu/environment/chemicals/pdf/chem\\_mixtures\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/environment/chemicals/pdf/chem_mixtures_de.pdf)

Gutachten - Toxizität und Bewertung von chemischen Mischungen:

[http://ec.europa.eu/health/scientific\\_committees/environmental\\_risks/docs/scher\\_o\\_155.pdf](http://ec.europa.eu/health/scientific_committees/environmental_risks/docs/scher_o_155.pdf)

Bericht über den Entwicklungsstand auf dem Gebiet der Mischungstoxizität:

[http://ec.europa.eu/environment/chemicals/pdf/report\\_Mixture%20toxicity.pdf](http://ec.europa.eu/environment/chemicals/pdf/report_Mixture%20toxicity.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN 2012 FÜR DEUTSCHLAND: BILDUNGSBEZOGENE EMPFEHLUNGEN UND BEWERTUNGEN DER KOMMISSION**

Am 30.05.2012 hat die Kommission im Rahmen des aktuellen Europäischen Semesters ein Paket mit Maßnahmen zur Steigerung von Stabilität, Wachstum und Beschäftigung vorgelegt. Neben haushalts-, finanz- und beschäftigungs-





politischen Aspekten spielt der Bildungsbereich, der in einem der fünf Kernziele der Europa-2020-Strategie Berücksichtigung gefunden hat, wegen seiner großen Bedeutung für die Generierung von nachhaltigem und langfristigem Wachstum in den vorgelegten Papieren eine wichtige Rolle. Kernstück des Pakets sind die Vorschläge der Kommission für die sogenannten länderspezifischen Empfehlungen, die für jeden Mitgliedstaat jeweils in einem umfangreichen Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen näher ausgeführt werden. Für Deutschland schlägt die Kommission drei bildungsbezogene Empfehlungen vor, die in den Begleitunterlagen vor dem Hintergrund einer ausführlichen Bewertung der Reformanstrengungen Deutschlands im Bildungsbereich umfassend begründet werden.

Empfehlung der Kommission für eine Empfehlung des Rates zum Nationalen Reformprogramm Deutschlands 2012 und Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm Deutschlands für die Jahre 2012-2016 (sog. länderspezifische Empfehlungen):

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2012\\_germany\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2012_germany_de.pdf)

Begleitunterlagen der Kommissionsdienststellen: „Bewertung des Nationalen Reformprogramms 2012 und des Stabilitätsprogramms Deutschlands“:

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/swd2012\\_germany\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/swd2012_germany_de.pdf)

Übergreifende Mitteilung „Maßnahmen für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung“:

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/eccomm2012\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/eccomm2012_de.pdf)

Thematische Darstellungen der Entwicklungen in den Mitgliedstaaten in Kernbereichen der Europa-2020-Strategie:

[http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/key-areas/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/key-areas/index_en.htm)

### **AUSSCHUSS FÜR BILDUNG UND KULTUR DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (EP) FÜHRT ERSTE AUSSPRACHE ZUM KÜNFTIGEN EU-PROGRAMM „ERASMUS FÜR ALLE“**

Am 29.05.2012 hat der EP-Ausschuss für Kultur und Bildung erstmals eine Aussprache zum Kommissionsvorschlag über das künftige EU-Programm „Erasmus für alle“ (EB 20/11) geführt. Die Ausschussvorsitzende und Berichtserstatterin *Doris Pack* (EVP/DEU) begrüßte den vorgeschlagenen Mittelaufwuchs um gut 70 %. Unabdingbar seien allerdings ein eigenständiges Kapitel für den Jugendbereich sowie ein Verzicht auf eine Festlegung auf nur eine nationale Agentur pro Teilnahmeland. Klar abzulehnen sei zudem der von der



Kommission vorgeschlagene Programmname „Erasmus für alle“; zudem müssten die etablierten sektoriellen Markennamen beibehalten werden. In den folgenden Beiträgen der Abgeordneten zeichnete sich insgesamt eine breite Unterstützung für die Kernforderungen der Berichterstatterin ab.

### **ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (EP) ZUR INITIATIVE „CHANCEN FÜR JUNGE MENSCHEN“**

Am 24.05.2012 nahm das EP eine Entschließung zur Initiative „Chancen für junge Menschen“ an, die die Kommission im Dezember 2011 vorgeschlagen hatte (EB 22/11). Die Abgeordneten begrüßen auf Grundlage des Entwurfs der Vorsitzenden des EP-Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, *Pervenche Berès* (S&D/FRA), die Initiative der Kommission. Jedoch äußern sie unter Verweis auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa von etwa 22 % auch „ernsthafte Zweifel“ daran, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen dem Ausmaß der momentanen Jugendarbeitslosigkeit gerecht werden können. Vor diesem Hintergrund fordern die Parlamentarier u. a. einen „europäischen Investitionsplan“, für nachhaltiges, Arbeitsplätze schaffendes Wachstum, die Verbesserung der Qualität und Sichtbarkeit der beruflichen Bildung als wichtige Alternative zur Tertiärbildung, die baldige Einführung der von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungsgarantie für Jugendliche und eines Qualitätsrahmens für Praktika sowie die Umverteilung von EU-Strukturfonds auf Projekte zugunsten junger Menschen.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-  
//EP//NONSGML+MOTION+B7-2012-  
0233+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+MOTION+B7-2012-0233+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATS AM 31.05.2012**

Zentraler Beratungsgegenstand im Forschungsteil des Wettbewerbsfähigkeitsrats am 31.05.2012 in Brüssel war der Verordnungsentwurf der Kommission über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“. Der von den Mitgliedstaaten erreichte Verhandlungsstand wurde in einer „teilweisen allgemeinen Ausrichtung“ festgehalten. Dies bedeutet eine politische Einigung auf den Inhalt der Verordnung, nicht jedoch über das Budget und die Erwägungsgründe. Darüber hinaus billigte der Rat Schlussfolgerungen



zu Europäischen Innovationspartnerschaften (EIPs) und nahm einen Sachstandsbericht zur Zukunft des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) an. Der Binnenmarktteil des Rats widmete sich u. a. dem Vergaberecht und der Berufsanerkennungsrichtlinie (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

Teilweise allgemeine Ausrichtung zu „Horizont 2020“:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st10/st10218.de12.pdf>

Sachstandsberichte zum EIT:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st10/st10221.de12.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st09/st09951.de12.pdf>

Ratsschlussfolgerungen zu EIPs:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st10/st10220.de12.pdf>

### **ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR MOBILITÄT VON FORSCHERN, STUDIERENDEN UND SCHÜLERN**

Die Generaldirektion Inneres (DG HOME) hat am 01.06.2012 eine öffentliche Online-Konsultation zu den zukünftigen Einreise- und Aufenthaltsregelungen in der EU für Forscher, Studierende, Schüler, unbezahlte Praktikanten und Volontäre aus Drittstaaten gestartet. Hintergrund ist die geplante Revision zweier Richtlinien: der Richtlinie 2005/71/EG über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und der Richtlinie 2004/114/EG über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst. Die Konsultation läuft bis zum 23.08.2012.

Hintergrund und Fragebogen zur Konsultation:

<http://ec.europa.eu/home->

[affairs/news/consulting\\_public/consulting\\_0024\\_en.htm](http://ec.europa.eu/home-affairs/news/consulting_public/consulting_0024_en.htm)

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=Immigration2012>

### **EIT VERÖFFENTLICHT NEUES ARBEITSPROGRAMM (2013 - 2015)**

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat am 30.04.2012 sein neues dreijähriges Arbeitsprogramm (2013 - 2015) veröffentlicht. Es beinhaltet insbesondere Strategien zur Konsolidierung und Finanzierung der bestehenden Wissens- und Innovationspartnerschaften (KICs: EIT ICT Labs, KIC



InnoEnergy und Climate-KIC). Darüber hinaus sind enthalten eine Vereinfachungsagenda für die Finanzierungsregeln und jährlichen Finanzhilfevereinbarungen sowie Zeitplan und Ausschreibungsbedingungen für die in der Strategischen Innovationsagenda (SIA) des EIT angekündigten sechs neuen KICs (EB 21/11).

Weitere Informationen:

<http://eit.europa.eu/newsroom-and-media/article/eit-2013-2015-triennial-work-programmepublished/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **MITTEILUNG ÜBER DEN AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN IM BINNENMARKT**

Am 06.06.2012 hat die Kommission die Mitteilung „Erneuerbare Energien: ein wichtiger Faktor auf dem europäischen Energiemarkt“ vorgelegt. Darin skizziert sie zum einen Optionen für den regulatorischen Rahmen zur weiteren Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien im Zeitraum nach dem Jahr 2020; bis dahin reicht der gegenwärtige Rechtsrahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie 2009/28/EG. Zum anderen will sie etwa mit Leitlinien und einem „best practice“-Austausch den Ausbau erneuerbarer Energien bereits nach geltendem Recht beschleunigen (s. hierzu auch den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/571&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **DONAU-ANRAINERSTAATEN FÜR BESSERE KOOPERATION BEI DER SCHIFFBARKEIT**

Auf Initiative der Kommission haben die Verkehrsminister der meisten Donau-Anrainerstaaten, darunter auch Deutschland, am 07.06.2012 eine gemeinsame Erklärung zur Sicherung der Schiffbarkeit auf der Donau verabschiedet; Ungarn hat die Erklärung bisher noch nicht unterzeichnet oder anderweitig mitgetragen. Die Staaten verpflichten sich in der Erklärung, Auswirkungen von Unwägbarkeiten wie niedrigen Wasserstände oder Vereisungen auf die Schiffbarkeit zu begrenzen und die dazu nötigen Maßnahmen im Rahmen der Donaustrategie und mit Hilfe des EU-Koordinators für Binnenschifffahrt im Rahmen der Transeuropäischen Netze aufeinander abzustimmen. Die Verbes-



serung der Schiffbarkeit der Donau gehört zu den elf Prioritätsbereichen der Donaustrategie (s. hierzu auch den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/579&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **CHEMIKALIENSICHERHEIT - NEUER ANSATZ BEI CHEMISCHEN MISCHUNGEN**

Am 31.05.2012 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung an den Rat zu Kombinationswirkungen von Chemikalien bzw. zu chemischen Mischungen. Hintergrund sind die bislang noch ungeklärten kombinierten Wirkungen von Mischungen von Chemikalien (sog. Cocktaileffekte), die ggf. über die, z. B. toxischen Effekte der einzelnen Komponenten, hinausgehen können. Unter Bezugnahme auf zwei Gutachten bzw. Berichte der wissenschaftlichen Kommissionsdienste gibt der Bericht Auskunft über das weitere Vorgehen der Kommission bei der Bewertung chemischer Mischungen, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt möglichst umfassend zu schützen.

Mitteilung zu Kombinationswirkungen von Chemikalien:

[http://ec.europa.eu/environment/chemicals/pdf/chem\\_mixtures\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/environment/chemicals/pdf/chem_mixtures_de.pdf)

Gutachten - Toxizität und Bewertung von chemischen Mischungen:

[http://ec.europa.eu/health/scientific\\_committees/environmental\\_risks/docs/scientific\\_o\\_155.pdf](http://ec.europa.eu/health/scientific_committees/environmental_risks/docs/scientific_o_155.pdf)

Bericht über den Entwicklungsstand auf dem Gebiet der Mischungstoxizität:

[http://ec.europa.eu/environment/chemicals/pdf/report\\_Mixture%20toxicity.pdf](http://ec.europa.eu/environment/chemicals/pdf/report_Mixture%20toxicity.pdf)

### **EUROPÄISCHE PLATTFORM FÜR RESSOURCENEFFIZIENZ GESTARTET**

Am 05.06.2012 hat Umweltkommissar *Janez Potočnik* die Europäische Plattform für Ressourceneffizienz (EREP - European Resource Efficiency Platform) eröffnet. Im Rahmen der laufenden Umsetzung des Fahrplans für ein ressourceneffizientes Europa (EB 16/11) sollen über die Plattform bestimmt werden, wie die Ziele und Visionen des Plans am besten realisiert bzw. die Wirtschaft Europas bis 2050 entsprechend zukunftsfähig gemacht werden kann.

[http://ec.europa.eu/environment/resource\\_efficiency/re\\_platform/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/re_platform/index_en.htm)



## **BIENENGESUNDHEIT – EFSA-STELLUNGNAHME KRITISIERT STUDIENERGEBNISSE**

Am 23.05.2012 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine wissenschaftliche Stellungnahme veröffentlicht, welche die Studien zur Sterblichkeit von Bienen, die im März 2012 in der Zeitschrift „Science“ veröffentlicht wurden, als unzureichend erklärt. Die Science-Studie war zu dem Schluss gekommen, dass der Gebrauch von Insektiziden aus der Gruppe der Neonicotinoide im Zusammenhang mit dem starken Rückgang von Bienenpopulationen in Europa steht.

Stellungnahme der EFSA zu den Ergebnissen ihrer Untersuchung:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/2752.pdf>

Science-Studien:

<http://www.sciencemag.org/content/335/6076/1555>

## **RAUCHFREIE EUROPAMEISTERSCHAFT 2012**

Der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz *John Dalli* und UEFA-Präsident *Michel Platini* teilten am 04.06.2012 offiziell ihre Unterstützung für rauchfreie Sportveranstaltungen mit. Diese Entscheidung schließt bereits die EURO 2012 mit ein und soll Fußball mit einem gesunden Lebensstil verbinden. In und unmittelbar um die Stadien der EURO 2012 dürfen daher keine Tabakprodukte verkauft, konsumiert und beworben werden.

Kampagne „Ex-Raucher sind nicht zu stoppen“:

<http://www.exsmokers.eu/>

UEFA-Meldung:

<http://www.uefa.com/uefa/footballfirst/matchorganisation/stadiumsecurity/news/newsid=1698784.html>

## **EUROBAROMETER ZUM WELTNICHTRAUCHERTAG 2012**

Am 30.05.2012 veröffentlichte das Statistische Amt der EU (EuroStat) anlässlich des Weltnichtrauchertages 2012 eine EU-weite Umfrage zum Tabakkonsum. Demnach sind durchschnittlich 60 % der EU-Bürger für verstärkte Maßnahmen, die den Tabakkonsum reduzieren sollen. Während die Hälfte der EU-Bürger noch nie geraucht habe, gaben 33 % der derzeitigen und ehemaligen Raucher an, sich durch die Gesundheitswarnungen auf Tabakpackungen in ihrem Verhalten beeinflussen zu lassen.

[http://ec.europa.eu/health/eurobarometers/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/eurobarometers/index_en.htm)



Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **MINISTERRAT VERABSCHIEDET NEUE ROAMINGREGELUNG**

Nach Zustimmung des Europäischen Parlaments im Mai 2012 hat nun auch der Ministerrat am 30.05.2012 die Verordnung über das Roaming im Mobilfunknetzen angenommen (EB 09/12).

Mehr Informationen zum Ministerratsbeschluß:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/130511.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/130511.pdf)

### **KONSULTATION ZUM LEITLINIENENTWURF FÜR BREITBANDNETZE ERÖFFNET**

Am 01.06.2012 hat die Kommission einen Leitlinienentwurf für Beihilfen zur Breitbandförderung öffentlich zur Diskussion gestellt. Bis zum 01.09.2012 kann zur Frage Stellung genommen werden, wie die bisher geltenden Beihilfeleitlinien den Zielen der Digitalen Agenda angepasst werden können. Diese sieht bis 2013 Basis-Breitbanddienste für alle EU-Bürger vor. Außerdem soll bis 2020 Zugang zu Geschwindigkeiten über 30 MB/sec zur Verfügung stehen, wobei für mindestens die Hälfte der Haushalte sogar über 100 MB/sec erreicht werden sollen. Der zuständige Wettbewerbskommissar *Joaquin Almunia* plant auf Grundlage der Konsultation noch im Dezember dieses Jahres neue Breitbandlinien zu beschließen.

Die Leitlinien sind abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_broadband\\_guidelines/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_broadband_guidelines/index_en.html)

### **KOMMISSION PRÜFT BUNDESNETZAGENTURPLÄNE ZUR REGULIERUNG VON MIETLEITUNGEN VON HOHER BANDBREITE**

Die Europäische Kommission prüft, ob der im Mai eingegangene Vorschlag der Bundesnetzagentur, kostenorientierte Preise für den Zugang zu Mietleitungen mit einer Bandbreite über 155 MB/sec vorzugeben, mit EU-Telekommunikationsrecht vereinbar ist. Solche Leitungen werden von der Deutschen Telekom als sog. „Mietleitungen mit sehr hohen Bandbreiten“ an Wettbewerber vermietet. Die Bundesnetzagentur hat nun drei Monate Zeit, um gemeinsam mit der Kommission und dem Gremium europäischer Regulie-



rungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) eine EU-konforme Lösung zu finden. Für diesen Zeitraum hat die Kommission die Umsetzung der Bundesnetzagenturpläne ausgesetzt.

Das Kommissionsschreiben an die Bundesnetzagentur ist abrufbar unter:  
<http://www.circa.europa.eu/>

### **KOMMISSION BESCHLIESST KLAGE GEGEN FÜNF MITGLIEDSTAATEN VOR DEM EUGH WEGEN NICHT FRISTGEMÄSSER UMSETZUNG VON TELEKOMMUNIKATIONSVORSCHRIFTEN**

Die Europäische Kommission hat am 31.05.2012 vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage gegen fünf Mitgliedstaaten (Belgien, Niederlande, Polen, Portugal und Slowenien) wegen nicht fristgerechter Umsetzung des geänderten Telekommunikationsrechts eingereicht. Die Frist dafür war am 25.05.2011 abgelaufen (EB 21/11). Gleichzeitig beantragte die Kommission beim EuGH die Auferlegung finanzieller Sanktionen.

Weitere Informationen über Telekommunikationsvertragsverletzungsverfahren:  
[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecom/implementation\\_enforcement/infringement/](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecom/implementation_enforcement/infringement/)

### **EUROPEAN FILM AGENCY DIRECTORS (EFAD) KRITISIEREN DEN KOMMISSIONSENTWURF ZUR KINOMITTEILUNG**

Auf ihrem jährlichen Treffen anlässlich der internationalen Filmfestspiele in Cannes hat das Netzwerk der European Film Agency Directors (EFAD) in einer gemeinsamen Stellungnahme den von der EU-Kommission vorgelegten Filmmitteilungsentwurf kritisiert (EB 06/12). Zwar sei eine Revision der zum Jahresende auslaufenden, inzwischen mehrfach verlängerten Kinomitteilung aus dem Jahre 2001 aus Gründen der Rechtssicherheit grundsätzlich zu begrüßen. Doch würden die Kommissionsvorschläge zur künftigen Vereinbarkeit der nationalen Filmfördersysteme mit EU-Wettbewerbsrecht eine Bedrohung für den gesamten audiovisuellen Sektor darstellen. Daher solle die Kommission so lange von Änderungen an der bisherigen Fassung der Filmmitteilung absehen, bis Wege für eine umfassendere Herangehensweise in Bezug auf die audiovisuelle Kulturpolitik und ihre spezifischen Charakteristika gefunden würden.

Zur Erklärung des EFAD:

<http://www.filmportal.de/nachrichten/netzwerk-der-european-film-agency->





[directors-efad-schwere-bedenken-gegen-den-entwurf-zur-kinomitteilung](#)